

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	IV/041/2025/IV-DKT
Einreicher:	Der Oberbürgermeister
Verantwortlich für die Umsetzung:	Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten

Beratungsfolge	Status	Termin	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	nicht öffentlich	02.09.2025	
Betriebsausschuss Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten	öffentlich	16.09.2025	

Titel:

Zwischenbericht zur Abwicklung des Wirtschaftsplanes 2025 - Quartalsanalyse per 30.06.2025

Information:

Der Quartalsbericht des Eigenbetriebes DeKiTa zum 30.06.2025 wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 2 Plan-Ist Vergleich der G & V kumulativ II 2025

Für den Oberbürgermeister:

Doreen Saupe
Betriebsleiterin

Anlage 1

Quartalsbericht Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa Berichtszeitraum: 01.01.2025 – 31.06.2025

Einleitung

Der vorliegende Bericht gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Eigenbetriebes DeKiTa im zweiten Quartal 2025. Grundlage sind die vorliegenden Ist-Daten des Halbjahres, die Planwerte des Wirtschaftsplanes sowie der Vorjahresvergleich. Zur realistischen Abbildung der Finanzlage wurden Abgrenzungen für bereits absehbare Erträge und Aufwendungen vorgenommen. Hierzu zählen das Spitzabrechnungsergebnis aus den Entgeltvereinbarungen, Versicherungsbeiträge, die Jahressonderzahlung, das leistungsorientierte Entgelt, Miet- und Betriebskosten für Horte sowie weitere erwartete Zahlungen, für die bereits Mittelanmeldungen erfolgt sind. Ziel ist es, vollständig und nachvollziehbar über die operative Lage, die Finanz- und Liquiditätssituation, die Personalentwicklung, den Stand der Investitionen sowie über Risiken und Handlungsoptionen zu informieren.

Kinderzahlen und Auslastung

Im zweiten Quartal 2025 wurden im Durchschnitt 3.011 Kinder betreut. Damit liegt die Belegung geringfügig unter dem Planwert von 3.017 Kindern, zugleich aber über dem Vorjahresdurchschnitt von 2.981 Kindern.

Sparte	Wirtschaftsplan 2025	Durchschnitt II. Quartal 2025	Durchschnitt II. Quartal 2024	Abweichung zum WP 2025	Auslastung per 30.06.2025
Kinderkrippe	476	457	470	-19	76,9%
Kindergarten	1.149	1.195	1.209	+46	82,2%
Hort	1.392	1.359	1.301	-33	88,9%
GESAMT	3.017	3.011	2.981	-6	84,2%

Innerhalb der Betreuungsarten zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. In der Kinderkrippe wurden im Schnitt 457 Kinder betreut, was unter dem Planansatz von 476 und unter dem Vorjahreswert von 470 liegt; die Auslastung beträgt hier rund 77 Prozent. Im Kindergarten wurden durchschnittlich 1.195 Kinder betreut und damit deutlich mehr als im Plan vorgesehen (1.149), jedoch etwas weniger als im Vorjahr (1.209); die Auslastung liegt bei etwa 82 Prozent. Der Hortbereich verzeichnete mit durchschnittlich 1.359 Kindern einen spürbaren Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (1.301) bei gleichzeitig leichter Unterschreitung des Planwertes (1.392); die Auslastung hängt maßgeblich von den an den Bedarf angepassten Platzkapazitäten ab. Somit ist eine Auslastungsquote im Hort von 89% wenig aussagekräftig. Im Kita-Bereich liegt sie bei knapp 81%.

Insgesamt entspricht die Gesamtauslastung mit 84 Prozent dem Niveau des ersten Quartals und liegt leicht über dem Vorjahr (83 Prozent). Die Verschiebung von der Krippe hin zu Kindergarten und insbesondere Hort wirkt sich auf die Erlösstruktur aus, da Krippenplätze erfahrungsgemäß beitragsstärker sind. Der Anstieg im Hort gleicht diese Effekte nur teilweise aus und ist zum Teil durch zusätzliche Bedarfe infolge von Fluchtbewegungen begründet. Unabhängig davon hält der über mehrere Jahre beobachtbare strukturelle Trend sinkender Kinderzahlen im Krippen- und Kindergartenbereich an.

Personalentwicklung

Die Personalentwicklung im zweiten Quartal war von Stabilität im Stellenbestand, gezielter Zurückhaltung bei Neueinstellungen und einem deutlichen Rückgang externer Personaldienstleistungen geprägt. Pädagogische Neueinstellungen wurden – mit Ausnahme des gezielten Aufbaus interdisziplinärer inklusiver Teams in den Einrichtungen – seit September 2024 nicht vorgenommen. Der Einsatz von Personalleasing wurde im Berichtszeitraum faktisch eingestellt und beschränkt sich aktuell lediglich auf eine einzelne Unterstützung in der Verwaltung. Damit wurde die Personalkapazität konsequent an die tatsächliche Belegung angepasst, insbesondere mit Blick auf die rückläufige Nachfrage in den Kindertagesstätten.

Die Reduzierung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 35 auf 32 Stunden wird zum 1. August 2025 wirksam und entfaltet folglich erst in der zweiten Jahreshälfte ihre Wirkung auf die Personalkosten. Die Absenkung erfolgte in Erwartung der üblichen Übergänge von Kindergartenkindern in Schule / Hort sowie aufgrund der allgemeinen Belegungsentwicklung. In Einrichtungen mit erhöhtem Bedarf werden Wochenstunden schrittweise wieder angehoben; die Anpassungen erfolgen schrittweise und am konkreten Betreuungsbedarf orientiert. Vakanzen in einzelnen Bereichen konnten den Kostendruck im Quartal etwas mindern; zugleich blieb die Dienst- und Einsatzplanung aufgrund der Auslastungsunterschiede zwischen den Betreuungsarten anspruchsvoll. Insgesamt zeigt das zweite Quartal eine im Umfang rationale, an der Nachfrage ausgerichtete Personalsteuerung mit strikter Ausgabendisziplin.

Gesamtentwicklung und deren Auswirkungen

Der Betreuungsbedarf in Dessau-Roßlau war in den vergangenen Jahren starken Schwankungen unterworfen. Während die Geburtenzahlen langfristig sinken, führte insbesondere der Zuzug von Familien mit Fluchthintergrund zeitweise zu einem erheblichen Mehrbedarf. Um diesen zu decken, wurden Gruppen vergrößert, Räume mehrfach genutzt und Betriebserlaubnisse angepasst, sodass über 3.000 Kinder betreut werden konnten. Dies ging jedoch häufig zulasten von Freiräumen für individuelle Förderung und pädagogische Angebote.

Mit der aktuell rückläufigen Nachfrage eröffnet sich die Möglichkeit, die Auslastung wieder auf ein reguläres Maß zurückzuführen und die pädagogische Qualität sowie die Inklusion gezielt zu stärken. Dabei prüft die Betriebsleitung unterschiedliche Optionen der Standort- und Kapazitätsanpassung, die im Rahmen einer nachhaltigen Strategie für Qualitätssicherung und Ressourceneinsatz umgesetzt werden sollen. Prämisse hat die Vermeidung von Schließungswellen (1990er/2000er Jahre) durch langsamen Abbau von Platzkapazitäten in den nächsten Jahren. Es ist ein Abbau von bis zu 200 Plätzen im Eigenbetrieb durch Kapazitätsanpassungen in den größeren Einrichtungen vorgesehen.

Ziel ist es, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen und allen Kindern – unabhängig von Herkunft oder individuellem Förderbedarf – verlässliche Bildungschancen zu gewährleisten.

Finanz-, Ertrags- und Aufwandslage zum 30.06.2025, Liquiditätsbewertung

Zum Halbjahr 2025 weist der Eigenbetrieb DeKiTa einen Fehlbetrag von 45,9 TEUR aus und verbessert sich damit deutlich gegenüber dem Vorjahreszeitraum (rund –1,0 Mio. EUR). Diese Verbesserung beruht wesentlich auf den nachverhandelten

Zusatzvereinbarungen zu den Entgeltvereinbarungen mit dem Jugendamt (Abschlüsse im Dezember 2024 und Februar 2025), die das Entgeltniveau an die reale Kostenentwicklung und die Tarifabschlüsse angepasst haben. Dies führte zu einer spürbaren Verbesserung der Ertragslage.

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Halbjahr auf rund 12,2 Mio. EUR. Während die Zuweisungen aus den Entgeltvereinbarungen leicht anstiegen, stagnierten die Kostenbeiträge trotz einer höheren Belegung im Hortbereich. Ursache hierfür sind die rückläufigen Krippenzahlen, die den Anteil der beitragsstärksten Plätze mindern. Damit verbleibt der Eigenfinanzierungsanteil bei unter 6,9%, was im Vergleich zu anderen Kommunen (Halle und Wittenberg: 12-15%) deutlich niedriger ist. Die Entgeltvorauszahlungen wurden quartalsweise spitz abgerechnet; daraus resultiert eine Rückzahlungsverpflichtung von ca. 75 TEUR an die Stadt, die bereits in den Zahlen enthalten ist.

Auf der Aufwandsseite dominieren die Personalkosten mit einem Anteil von über 88 % am Gesamtaufwand. Entlastend wirkten der nahezu vollständige Rückzug aus Personalleasing (Ausnahme: Verwaltung) und das Aussetzen pädagogischer Neueinstellungen (Ausnahme: inklusive Teams). Dem steht die rückwirkend ab Oktober auszuzahlende Tarifsteigerung gegenüber. Die Reduzierung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden greift erst ab August 2025 und wirkt sich folglich erst in der zweiten Jahreshälfte auf die Personalkosten aus. Sach- und Betriebskostenaufwendungen lagen im ersten Halbjahr unter normalem Niveau, da bis zur Haushaltsfreigabe lediglich sachlich und zeitlich unabweisbare Ausgaben zulässig waren. Allerdings ist weiterhin ein spürbarer Anstieg der Kosten im Bereich Reinigungs- und Wirtschaftsdienstleistungen zu verzeichnen (über Plan: Reinigung +83 TEUR, Wirtschaftsdienstleistungen +157 TEUR), dem durch Umstellung auf Eigenleistung begegnet werden soll. Insgesamt bleiben die Aufwendungen bis 30.06. um rund -456 TEUR unter Plan.

Zum 30.06.2025 betrug der Liquiditätsstand 2.023.987,58 EUR (Vorquartal: 1.862.658,37 EUR)

Kennzahlenvergleich und Bewertung

- **Personalaufwandsquote:** >88 % der Gesamtaufwendungen
Der Eigenbetrieb weist einen überdurchschnittlich hohen Personalkostenanteil auf, der die Flexibilität in der Haushaltssteuerung stark einschränkt. Strukturelle Entlastungen sind hier mittelfristig notwendig, kurzfristig wirkt die Arbeitszeitreduzierung ab August nur teilweise kompensierend.
- **Eigenfinanzierungsquote:** <10 % durch Kostenbeiträge (Vergleich Halle/Wittenberg: 12–15 %)
Der Eigenbetrieb ist stark von öffentlichen Zuschüssen abhängig. Das geringe Eigenaufkommen macht den Eigenbetrieb besonders anfällig für Schwankungen bei den Entgeltverhandlungen mit dem Jugendamt und verschärft die Abhängigkeit von Fehlbedarfsfinanzierungen.

Unter Einschluss projektgebundener Fördermittel (Sprache, Kitasozialarbeit §23 KiFöG, Fachkräfteprogramm) steigt die Eigenfinanzierungsquote um weitere 2,6%.

- **Planabweichung Halbjahr:** Erträge -502 TEUR, Aufwendungen -456 TEUR, Ergebnis – 46 TEUR.

Die Abweichungen sind insgesamt gering, zeigen aber, dass die geplante Konsolidierung ohne die im Dezember 2024 und Februar 2025 erreichten Entgeltanpassungen nicht erreichbar gewesen wäre.

Die Abweichungen sind insgesamt gering, zeigen aber, dass die geplante Konsolidierung ohne die im Dezember 2024 und Februar 2025 erreichten Entgeltanpassungen nicht erreichbar gewesen wäre.

- **Auslastungsquote Halbjahr:** 84%

Die Auslastungsquote von 84% liegt deutlich unter der in den Entgeltvereinbarungen zugrunde gelegten Zielgröße von 95%. Damit werden die Finanzierungsgrundlagen nicht vollständig ausgeschöpft, was direkt zu geringeren Entgelterlösen führt. Auf Quartalssicht bedeutet das bereits eine Belastung (wie sich in der Spitzabrechnung von ca. 75 TEUR Rückzahlung an die Stadt gezeigt hat).

Die angestrebte Quote von 95 % ist eher ein steuerungspolitisches Ziel als eine praktisch erreichbare Dauerauslastung. Realistische Quoten bewegen sich – je nach Region und Altersgruppe – zwischen 85 und 92 %. Insofern liegt das Ergebnis von 84 % zwar am unteren Rand, zeigt aber eine stabile und belastbare Belegung, insbesondere, wenn man die Zunahme im Hortbereich gegen die Rückgänge in der Krippe stellt.

Es ist zu berücksichtigen, dass eine durchschnittliche Schwankung im Jahresverlauf unvermeidlich ist. Urlaubszeiten, Eingewöhnungsphasen neuer Kinder, Übergänge von Kindergarten- zu Hortkindern sowie demografische Effekte führen zu temporären Leerständen. Fachlich wird deshalb auch von Experten kaum eine dauerhafte Auslastung von nahezu 100% als realistisch angesehen. Mit 84 % bewegt sich die Auslastung am unteren Rand realistischer Erfahrungswerte (85–92 %). Sie signalisiert dennoch eine stabile Belegung, wenn auch mit Handlungsbedarf, um die Entgelterlöse langfristig näher an der Zielgröße abzusichern.

Liquiditätslage

Die Liquiditätslage ist weiterhin angespannt. Besonders belastend wirken die erwarteten tariflichen Nachzahlungen rückwirkend ab April 2025, deren Auszahlung voraussichtlich im Oktober erfolgt. Hinzu kommt die Rückzahlungsverpflichtung aus der Spitzabrechnung 2024 in Höhe von 922 TEUR, die teilweise mit offenen Forderungen aus Vorjahren im Bereich der Ermäßigungen verrechnet werden soll. Die Prüfungen dazu gelten final noch nicht abgeschlossen. Zudem ist der bereits berücksichtigte Rückfluss von ca. 75 TEUR aus der laufenden Spitzabrechnung zu beachten. Rückstellungen können liquiditätsseitig derzeit nicht vollständig dargestellt werden. Hinzu kommen nicht liquiditätswirksam offene Restmittel aus Vorjahren (rund 345.000 EUR) mit ungeklärter Verwendung bzw. Rückführung, die die Planung zusätzlich belasten.

Zum 30.06.2025 betrug der Liquiditätsstand 2.023.987,58 EUR (Vorquartal: 1.862.658,37 EUR)

Der Finanzbereich ist aktuell stark ausgelastet mit der Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2023/2024; dadurch bestehen temporäre Kapazitätsengpässe für

die laufende Steuerung. Die zum September 2025 geschaffene Stelle mit Fokus auf Entgeltvereinbarungen soll die künftige Liquiditätssteuerung nachhaltig stärken, kann ihre Wirkung aber erst nach Besetzung entfalten. Eine dauerhafte Stabilisierung der Zahlungsfähigkeit ist realistisch erst nach Feststellung der Abschlüsse 2023/2024 und dem anschließenden Ausgleich über § 12b KiFöG erreicht.

Haushaltssituation und Projekte

Der Wirtschaftsplan 2025 war durch Verfügung des Landesverwaltungsamtes unmittelbar an den städtischen Haushaltsbeschluss gebunden. Erst mit dem Beschluss des Stadtrates vom 13. August 2025 und der Veröffentlichung im Amtsblatt im September besteht volle Verfügbarkeit. Bis dahin galt eine haushaltswirtschaftliche Sperre, die Ausgaben auf sachlich und zeitlich unabweisbare Maßnahmen begrenzte und das Kostenniveau im ersten Halbjahr insgesamt gedrückt hat. Die für die Projekte „Gesunde Ernährung“ und „Spielmobil“ vorgesehenen Mittel können erst nach haushaltsrechtlicher Freigabe in Anspruch genommen werden; welche Auswirkungen die parallel angeordnete Haushaltssperre auf Umfang und zeitlichen Einsatz dieser Mittel im weiteren Jahresverlauf haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen.

Investitionen

Für Großinvestitionen stehen aktuell insgesamt noch Restmittel in Höhe von 563 TEUR zur Verfügung, nach aktuellem Stand sollen hiervon 487 TEUR im Jahr 2025 noch umgesetzt werden. Im Bereich der Kleininvestitionen stehen aus den Jahren 2023/2024 noch 187 TEUR im Wesentlichen für Sonnenschutz, ergänzende Ausstattung und Spielgeräte zur Verfügung. Zusätzlich bestehen Restmittel in Höhe von 249 TEUR aus Jahren vor 2022, deren Verwendung oder Rückführung an den städtischen Haushalt noch nicht abschließend mit dem Jugendamt geklärt ist. Unabhängig vom Ergebnis belastet diese Unklarheit die Liquidität des Eigenbetriebes, da sowohl eine Pflicht zur Umsetzung als auch eine mögliche Rückführung erhebliche Auswirkungen auf die Finanzlage haben.

Die wesentlichen Baumaßnahmen an den Standorten Kita Farbleckse (am Standort: Raguhner Straße), Kita Luisenkinder in Waldersee sowie der Kita Bremer Stadtmusikanten sind bis auf wenige Restarbeiten bzw. Schlussrechnungen abgeschlossen. Diese Restmaßnahmen betreffen im Wesentlichen die Installation von Sonnenschutzanlagen und kleinere bauliche Ergänzungen. Ein Abschluss der Maßnahmen ist somit im IV. Quartal des Jahres 2025 vorgesehen.

Beim Bauprojekt Hort Waldwichtel (am Standort: Fliederweg) wurde der erste Bauabschnitt für die Außenanlagen fertiggestellt. Die noch offenen Restmittel beziehen sich im Wesentlichen auf bereits umgesetzte Baumaßnahmen, bei denen die Schlussrechnungen noch ausstehen. Darüber hinaus ist die vollständige Fertigstellung der Freianlagen abhängig von der Freigabe investiver Mittel aus dem Förderprogramm „Ganztagsbetreuung“. Diese Mittel sind insbesondere für die Anschaffung und Installation von Spielgeräten zur Fertigstellung der Außenanlagen vorgesehen. Der Bedarf von rund 417 TEUR ist im aktuellen Haushalt zum Ansatz gebracht. Erst nach deren Umsetzung können die Außenanlagen als vollständig abgeschlossen gelten.

Bewertung der Lage, Risiken und Vergleichseinordnung

Im Vordergrund stehen die zeitnahe Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2023/2024, die Sicherung der Liquidität (Tarifauszahlung, 964 TEUR-Rückzahlung, Klärung Restmittel) sowie die wirksame Umsetzung der Arbeitszeitreduktion ab August bei gleichzeitiger bedarfsorientierter Personaleinsatzplanung. Parallel ist die Verhandlungs- und Abrechnungsroutine mit dem Jugendamt – durch die neue Stelle – dauerhaft zu stärken, da gerade die Entgelte die zentrale Stellgröße für Ergebnis und Liquidität bleiben.

Die betriebliche Lage ist operativ stabil, finanziell jedoch angespannt. Ertragsseitig wirkt der anhaltende Rückgang der Krippenplätze dämpfend, während die steigenden Zahlen im Hortbereich die Erlöse nur teilweise kompensieren. Kosten- und liquiditätsseitig stehen dem Einspareffekt deutliche Belastungen aus Tarifsteigerungen und erforderlichen Rückzahlungen gegenüber. Die Haushaltssituation mit später Freigabe führt zu zeitlichen Verschiebungen bei Projekten und Investitionen und erhöht damit die Planungsunsicherheit.

Die wesentlichen Risiken liegen in der Liquidität (Tarifnachzahlungen, 964.000 Euro Spitzabrechnung 2024, nicht liquiditätswirksame Rückstellungen), in der offenen Klärung der Restmittel aus Vorjahren und in der strukturellen Verschiebung der Nachfrage weg von beitragsstarken Krippenplätzen. Der demografisch bedingte Trend rückläufiger Kinderzahlen in Krippe und Kindergarten bei gleichzeitig hoher Hortnachfrage lässt sich auch in anderen Kommunen der Region beobachten und ist damit kein lokales Einzelphänomen. Im regionalen Vergleich ist die operative Auslastung solide; die finanzielle Ausgangslage ist aufgrund der zu erwartenden negativen Jahresergebnisse 2023/2024 und der offenen Investitionsmittel jedoch überdurchschnittlich herausfordernd.

Ausblick und Maßnahmen

Für die zweite Jahreshälfte 2025 liegt der Schwerpunkt auf der Stabilisierung der Finanzlage und der Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Ziel ist eine spürbare Reduzierung der Aufwandsseite, um die absehbaren Belastungen durch Tarifnachzahlungen, Rückzahlungen aus der Spitzabrechnung 2024 und die weiterhin angespannte Liquidität abzufedern.

Priorität haben im weiteren Jahresverlauf die Sicherung der Zahlungsfähigkeit und die Minimierung von Planungsunsicherheiten. Dazu zählen die zeitnahe Klärung der Restmittel aus Vorjahren mit dem Jugendamt, die priorisierte Steuerung der Investitionen unter Liquiditätsgesichtspunkten, der Abschluss der Jahresabschlüsse 2023 und 2024 sowie der darauf aufbauende Fehlbedarfsausgleich über § 12b KiFöG. Parallel dazu ist die konsequente Fortschreibung der Personalsteuerung entlang der realen Belegung erforderlich, um die Kostenseite dauerhaft zu stabilisieren.

In der Haushaltskonsolidierung setzt die Betriebsleitung auf eine Optimierung der Verwaltungsabläufe, den gezielten Einsatz von Digitalisierung sowie eine straffere Steuerung von Flächen- und Energiekosten. Ergänzend werden Wirtschaftsdienstleistungen und Reinigungsarbeiten überprüft und angepasst.

In der Anlage 2 ist die Ergebnissituation II. Quartal 2025, ergänzend zum Text, tabellarisch dargestellt.